



Editorial

„Jüdische Verschwörung“

Die von Covid 19 verursachte Pandemie ist ein Phänomen, das Politik und Gesellschaft weltweit vor eine ganz neue Situation gestellt hat. Noch nie wurden von den jetzt lebenden Menschen derart gravierende Einschränkungen abverlangt: Lockdown und Schutzmaske, Abstand halten und abgesagte Veranstaltungen, Homeoffice und Homeschooling und nicht in Präsenz stattfindende Gottesdienste – das alles war neu, mit all dem mussten und müssen wir umgehen, und wir sind damit umgegangen, verantwortungsbewusst und solidarisch.

Nicht neu allerdings war das Wiederaufkommen von krudesten Verschwörungsmythen. Wie immer in Krisenzeiten suchen Menschen nach Schuldigen und nach einfachen Antworten. Vor allem aber: Nicht neu war der Verschwörungsmythos, der seit dem Mittelalter einzig dazu diente, die Juden als Schuldige dieser Krise zu benennen. Wie ein Perpetuum waren und sind es wieder die Juden, denen insbesondere von rechtsextremen Antisemiten und Judenhassern die Rolle des Sündenbocks zugeschrieben wurde und wird. Im Mittelalter waren es die jüdischen Brunnenvergifter, die als Argument herhalten mussten. Anders konnte – und wollte – man den „Schwarzen Tod“ nicht erklären. Anfang des 20. Jahrhunderts waren die sogenannten und nicht existierenden Protokolle der Weisen von Zion die Begründung für Antisemitismus. Der Holocaust konnte nicht zuletzt deshalb vollstreckt werden, weil die verschwörungsmythische Behauptung „wenn wir nicht die Juden umbringen, bringen sie uns um“ (Himmler in seiner Posener Rede am 4. Oktober 1943) geglaubt wurde.

Und heute also wird formuliert:

Das Weltjudentum hat das Virus verbreitet, um die Weltherrschaft zu erlangen.

Verschwörungsmythen, das zeigen die Beispiele aus unserer Gegenwart, ist nicht mit Aufklärung, Wissensvermittlung oder Appellen an Verstand und Vernunft beizukommen. Konnte man für das Mittelalter allenfalls noch ein „sie wussten es halt nicht besser“ gelten lassen – heute weiß man es natürlich besser. Heute ist es die hoch emotionalisierte Empfänglichkeit für vermeintlich verborgene „Wahrheiten“. Der Glaube an im Verborgenen wirkende Mächte sitzt tief.

Die antisemitischen Verschwörungsmythen sind, wie wir wissen, nicht die einzigen, die grassieren. Aber der uralte antijüdische Verschwörungsmythos hat eine eigene und besondere Dimension: Es ist die der Anpassung des jahrhundertealten Judenhasses. Diese stetige „Aktualisierung“ der Grundaussage bedeutet: Der Kern dieses antijüdischen Stereotyps – „die Juden wollen die Welt erobern und uns vernichten“ – wird in den Mythen seit Jahrhunderten für wahr gehalten. Deshalb wird er immer wieder bestätigt, immer wieder abgewandelt, an andere und neue Realitäten angepasst.

Was bedeutet dies für die Arbeit der Gesellschaften für christlich jüdische Zusammenarbeit? Nicht nachlassen, beharrlich unsere Überzeugung vertreten, nicht nachgeben und den Schreihälsen umso lauter die Botschaft von einer friedlicheren Welt entgegenrufen.



Liebe Leserinnen und Leser der Rundbriefe der GcjZ, Sie bekommen in regelmäßigen Abständen die Rundbriefe mit unterschiedlichen Inhalten. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns Ihre Meinung zu unseren Rundbriefen mitteilen.

Ich wünsche, auch im Namen meiner Vorstandskollegen, Manfred Froese und Bernhard Boudgoust, sowie unserer Geschäftsführerin, Marita Hoffmann, unseren Mitgliedern, Freunden und Freundinnen der GcjZ und allen friedliebenden Menschen guten Mut, Zuversicht und Gesundheit.

Bleiben Sie vom Virus verschont!

Ihr

Majid Khoshlessan

Jüdischer Vorsitzender

Einige Gedanken zu Political Correctness

Gastbeitrag von Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper (Leibniz-Institut für Deutsche Sprache)

Täglich können wir Sprachgebrauch begegnen, den wir als verletzend, als Missachtung unserer Regeln des Miteinanders, ja als gewalttätig empfinden. Täglich können wir auch feststellen, dass diese Begegnungen zunehmen. Die Anonymität der sozialen Medien wird oftmals als Begründung angeführt.

Dieses Szenario ist Grund genug, sich mit einem Prinzip sprachlicher Ethik zu beschäftigen, das leider in Verruf geraten ist. Gemeint ist das Prinzip der Political Correctness, im Folgenden mit PC abgekürzt.

Sprachliche Ethik

„Political Correctness“ ist ein Terminus, der respektvollen diskriminierungsfreien Sprachgebrauch bezeichnet und ihm liegt ein Grundverständnis über den Zusammenhang von Sprache und Wirklichkeit zugrunde: Wirklichkeit wird gesellschaftlich, also mit Sprache geschaffen – in zweifacher Hinsicht. Wirklich ist überhaupt erst, worauf wir sprachlich Bezug nehmen. Wie diese Wirklichkeit beschaffen ist, hängt davon ab, wie sprachlich auf diese Bezug genommen wird. Dies können bereits einzelne Wörter leisten (s. Flüchtlingszuwanderung – Flüchtlingswelle – Flüchtlingsflut).

Auf die Prinzipien der PC zu achten bedeutet: auf die Menschenwürde zu achten. Unser Konzept von der Würde des Menschen prägt unsere Religions- und Geistesgeschichte und hat ihren Ursprung in der jüdisch-christlichen Vorstellung vom Menschen als Ebenbild Gottes und der daraus folgenden Gleichheit aller Menschen, hebräisch *zelem elohim*, lateinisch *imago dei* (vgl. Genesis 1,26f.). Diese Gedanken finden sich wieder sowohl in der Goldenen Regel des Rabbiners Hillel, dem Älteren, der dem Sanhedrin vorgestanden ist, als auch in Immanuel Kants kategorischem Imperativ.

Im 20. Jahrhundert, als dem Jahrhundert, in dem die Menschenwürde so sehr verachtet und verletzt wurde wie in keinem anderen seit der Aufklärung, musste die Menschenwürde neu exponiert werden:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Diesem Artikel 1 des Grundgesetzes entspricht das Diskriminierungsverbot in Artikel 3,3 Grundgesetz:



Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Benachteiligen und Bevorzugen sind auch sprachliche Handlungen, die, wenn sie vollzogen werden, einen Akt von Diskriminierung bedeuten. Jemanden aus den in Art. 3,3 GG genannten Gründen rechtlich benachteiligen, gesellschaftlich ausgrenzen, Zugänge zu Bildung und Beruf verwehren etc. ist Diskriminierung und geschieht sprachlich. Jemanden aufgrund seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Hautfarbe, seines Glaubens etc. herabsetzen sind explizit Bezeichnungen sprachlichen Handelns durch den Gebrauch verletzender, beleidigender, abwertender Wörter und ihre Adressierung an Menschen mit dem Ziel zu verletzen, zu beleidigen, Macht auszuüben, politischen Vorteil zu ziehen – etwa, wenn die Ausgrenzung bestimmter Menschengruppen zum politischen Programm wird.

Das Menschenbild des Grundgesetzes ist geprägt von dem Kennzeichen der Gleichheit und der Gerechtigkeit. Der Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ legt eine Haltung fest, die Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus tabuisiert und die gleichzeitig die Legitimationsgrundlage für die Prinzipien der Political Correctness bildet. Diese Tabuisierung ist gesellschaftlicher Konsens. Diesen Konsens kündigen damit diejenigen auf, die ein binäres Menschenbild vertreten. Sie fühlen sich zum Widerstand aufgerufen, wenn es darum geht, Menschen sprachlich gleich zu behandeln. Sie denunzieren Gleichbehandlung als Gleichmacherei. Insbesondere in rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und Strömungen setzt man statt dessen auf Ausschluss, auf Exklusion. Im politischen Zusammenhang sprechen wir von „excluding populism“, der die Ausgrenzung von Out-groups zum Programm gemacht hat.

Political Correctness und Rechtspopulismus

Rechtspopulistische bzw. -extreme Akteure verunglimpfen PC als Tugendterror von Gutmenschen, schmähen sie als gesellschaftsschädigend und als Lüge, und man wünscht sie auf den Müllhaufen der Geschichte. Die Existenz eines Blogs mit dem Namen „Politically Incorrect“ (abgekürzt PI), der für AfD und Pegida-Demonstrationen wirbt, ist ein Beleg für auf Dauer gestellte Missachtung. Auf der Website werden, mit den bekannten Leitwörtern Gutmenschen, Zensur, Meinungs- und Informationsfreiheit, Diktat die „Leitlinien“ erläutert (<http://www.pi-news.net/leitlinien/>; 2.8.20).

Da das Ziel politisch korrekten Sprachgebrauchs die diskriminierungsfreie Gleichbehandlung aller Menschen ist, ist PC insofern eine in hohem Maß politische Kategorie als die Agenda rechter Parteien und politischer Strömungen gerade gegen eine solche Gleichbehandlung gerichtet ist und die Diskriminierung (von Juden, von Nicht-Deutschen, von Frauen, von Homosexuellen etc.) zu ihrem politischen Programm erhoben haben. Mit ihren z.T. rassistischen Sprachhandlungen stellen sie sich außerhalb des gesellschaftlich-demokratischen Konsenses (Roth 2004, 244).

PC ist zwar ein seit langem und gesellschaftlich breit diskutiertes Phänomen. Neu ist mit der Zunahme von Rechtspopulismus bis hin zum Einzug einer rechtspopulistischen Partei in den Bundestag: Ihre Missachtung und Verunglimpfung hat den neuen Status eines Instruments, mit dem mit strategischem Kalkül Ressentiments geschürt und Vorurteile bedient werden.

Sprachliche Gewalt

Welches Ziel auch immer verfolgt wird – beleidigen, abwerten, diskriminieren etc. sind Formen sprachlicher Gewalt. Political Correctness ist sprachliche Gewaltlosigkeit.



Sprachliche Gewalt beginnt nicht erst bei aggressiven Facebook- und Twitterposts mit frauen- und fremdenfeindlichen oder antisemitischen verbalen Ausfällen. Sie beginnt nicht erst mit dem sprachlich ausgedrückten Furor einer auf Dauer gestellten Empörungsbereitschaft in sozialen Medien und nicht erst bei Hate Speech (Hass ausdrückender Redeweise) im Internet. Sondern: Jegliche Verstöße gegen Sprachtabus sind sprachliche Gewalt.

Die neuen Akteure, die den gesellschaftlichen Diskurs verändern, sind insbesondere diejenigen, die dem Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus zuzuordnen sind. Insbesondere sie kündigen den gesellschaftlichen Konsens auf, auch sprachlich und üben damit sprachliche Gewalt aus. Dies drückt sich in Formulierungen aus, die Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzipien des Grundgesetzes missachten, mit denen Menschen in Kategorien von gut und schlecht einsortiert werden, die rassistischen Denkmustern zugrunde liegen.

Fazit

Menschliche Kommunikation ist auf ein Respekt ausdrückendes sprachliches Regelsystem angewiesen, damit sie funktioniert; sie benötigt mit anderen Worten Spielregeln. Dazu zählt z.B. ein öffentliches Reden mit und über Menschen, das die Menschenwürde achtet und die Menschenrechte respektiert. Jede Missachtung, jeder Bruch der sprachlichen Konvention, jede Aggression, jede Provokation erweitern die Grenzen zu sprachlicher Gewalt. Jeder Tabubruch verschiebt systematisch die Grenzen des Sagbaren. Jeder Tabubruch verletzt die Prinzipien der Political Correctness und macht damit deutlich, wie notwendig ein durch die ethische Grundidee politisch korrekter Sprache geprägtes Prinzip von Sprachgebrauch ist.

Allerdings: Einen Index „verbotener Wörter“ sollte man damit nicht meinen. Abgesehen davon, dass mit jeder Regulierung der Regelverstoß selbst zu benennen ist, verfestigt man damit die verletzende Macht der fraglichen Wörter.

Aber: Im Bewusstsein von der Wirklichkeit schaffenden Kraft von Sprache und von dem engen Zusammenhang zwischen sprachlicher Gewalt und physischer Gewalt ist ein wesentlicher pädagogischer Aspekt die Kenntnis von Verletzungen von sprachlichen Regeln und damit die Achtung von Würde und Respekt als Leitideen unserer Kommunikation. Dies gelingt durch eine Selbstverpflichtung der Gesellschaft zu sprachlicher Sorgfalt und Aufmerksamkeit. Ein Bekenntnis zu den Prinzipien einer solchen sprachlichen Ethik schafft die Voraussetzungen zu gewalt- und diskriminierungsfreier Kommunikation und damit zu einem friedvolleren Zusammenleben.

Leidenschaftliches Engagement gegen christlichen Antijudaismus

**Buber-Rosenzweig-Medaille geht 2021 an den Regisseur
der Oberammergauer Passionsspiele Christian Stückl**

Dies teilten Präsidium und Vorstand des Deutschen Koordinierungsrates seiner mehr als 80 Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit am 21. Juni 2020 in Bad Nauheim mit.

Christian Stückl hat sich als Regisseur der Oberammergauer Passionsspiele von Anfang an dem Vorwurf des christlichen Antijudaismus gestellt und mit Geduld und Ausdauer Zug um Zug die Aufführung entsprechend überarbeitet. Er hält dabei Kontakt zu jüdischen Organisationen und arbeitet immer wieder neu



am Text. Er fährt mit den Hauptdarstellern vor Beginn der Probenarbeit ins Heilige Land, um die Umwelt und das Leben Jesu besser zu verstehen und besucht gemeinsam die Gedenkstätte Yad Vashem. Der Interreligiöse Dialog ist ihm ein Herzensanliegen.

Mit Inszenierungen wie „König David“, „Moses“, Stefan Zweigs „Jeremias“, Thomas Manns „Joseph und seine Brüder“ oder „Hiob“ von Joseph Roth schlägt er Brücken zu Themen der hebräischen Bibel als gemeinsamer Grundlage für Juden und Christen und ihrer aktuellen Bedeutung. In seinen Aufführungen von „Nathan der Weise“, „Der Kaufmann von Venedig“ oder „Der Stellvertreter“ geht es immer wieder um Kirche, Judentum, Rassismus und das Verhältnis der Religionen zueinander.

Er steht ein gegen Antisemitismus und Rassismus und für eine offene und plurale Gesellschaft. Dies ist in diesen besonderen Zeiten eine zentrale Botschaft, die immer wieder weitergegeben werden muss. Darüber hinaus reflektiert seine Arbeit als Theatermacher das neue Jahresthema des Deutschen Koordinierungsrates für 2021, das auch Leitthema der Woche der Brüderlichkeit ist, in besonderer Weise:

... zu Eurem Gedächtnis: Visual History

Mit diesem Thema soll die Bedeutung visueller Medien für die Erinnerungs- und Gedenkkultur reflektiert werden. Die Buber-Rosenzweig-Medaille wird im Rahmen der feierlichen Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit am 7. März 2021 in der Liederhalle in Stuttgart überreicht.

Bonn/Bad Nauheim, 21. Mai 2020

[Präsidium und Vorstand des Deutschen Koordinierungsrates
der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit]

Zentrum jüdischen Lebens in Deutschland: 70 Jahre Zentralrat der Juden

Der Deutsche Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit gratuliert dem Zentralrat der Juden zum 70. Jubiläum seines Gründungstages

Sehr geehrter Herr Dr. Schuster,

am 19. Juli 2020 wurde der Zentralrat der Juden 70 Jahre alt. Der Deutsche Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit möchte Ihnen und allen Mitwirkenden im Zentralrat sowie der ganzen jüdischen Gemeinschaft in Deutschland aus Anlass dieses Jubiläums von Herzen gratulieren!

Was zu Anfang als Provisorium gedacht war, erwies sich über die Jahre hinweg nicht nur als ein Zentrum des jüdischen Lebens in Deutschland, sondern auch als eine gewichtige Stimme des Judentums in den Entwicklungen der deutschen Gesellschaft nach 1945, nach dem Holocaust.

Der Zentralrat ist und bleibt eine kritische und mahnende Stimme in Bezug auf die notwendige Erinnerung an die Verbrechen der deutschen NS-Diktatur in der Schoah. Er bleibt eine entscheidende Stimme auch gegen neue Versuche, die Erinnerungskultur in Deutschland in Frage zu stellen.

Der Zentralrat hat in den vergangenen 70 Jahren den Wiederaufbau und Weiterentwicklung jüdischen Lebens in Deutschland in entscheidendem Maße gefördert. Dankbar dürfen wir das Wachsen jüdischer



Gemeinden und deren Bildungs- und Sozialwerke erleben. Auch der christlich-jüdische Dialog profitiert in enormen Maße von all dem, was sich im jüdischen Leben in Deutschland in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat.

70 Jahre dauerte das babylonische Exil. Jetzt haben Sie, verehrter Herr Dr. Schuster erklärt: „Wir sind in Deutschland zu Hause!“ Gern wollen wir auch weiter mit Ihnen daran arbeiten, dass dieser Satz zur selbstverständlichen Realität in unserem Land gehört!

Wir sehen uns als Bündnispartner im Streit gegen alle Bestrebungen, Antisemitismus in unserem Land wieder verankern zu wollen. Hier sind alle demokratischen Kräfte gefordert: Nie wieder darf Judenfeindschaft das gesellschaftliche Leben in Deutschland vergiften. In der christlich-jüdischen Zusammenarbeit hat der Kampf gegen Antisemitismus und alle Formen von Judenfeindschaft einen zentralen Stellenwert.

Wir sind dankbar für das Vertrauen, das sich in den letzten Jahrzehnten auch durch das Engagement des Zentralrates in den Beziehungen zwischen Juden und Christen entwickelt hat. Gern wollen wir uns intensiv dafür einsetzen, dies nicht nur zu erhalten sondern auch zu vertiefen. So sehen wir auch den nächsten 70 Jahren der vertrauensvollen Zusammenarbeit gern entgegen

und verbleiben mit herzlichen Grüßen
im Namen des Vorstands des Deutschen Koordinierungsrates e.V.

Das Präsidium
Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama, Jüdischer Präsident
Dr. Margaretha Hackermeier, Katholische Präsidentin
Pfarrer Friedhelm Pieper, Evangelischer Präsident

**Michael Blume: Verschwörungsmymen – Woher sie kommen, was sie anrichten,
wie wir ihnen begegnen können**

Aktuelle Buchempfehlung der Redaktion

Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, Dr. Michael Blume, der auch schon mehrfach an Veranstaltungen in Mannheim teilgenommen hat, setzt sich in einem gerade erschienenen Buch mit dem hochaktuellen Thema ›Verschwörungsmymen‹ auseinander. Dabei legt er Wert darauf, dass es sich keineswegs um ›Verschwörungstheorien‹ handelt, denn es fehlt diesen jegliche Wissenschaftlichkeit. Der Deutschlandfunk sendete am 4. August 2020 ein Gespräch mit Michael Blume über sein neues Buch, das im Internet noch unter https://www.deutschlandfunk.de/verschwoerungsmymen-das-boese-in-uns-selbst.886.de.html?dram:article_id=481711 abrufbar ist. Hier die bibliographischen Angaben: Michael Blume, Verschwörungsmymen – Woher sie kommen, was sie anrichten, wie wir ihnen begegnen können, Taschenbuch, Patmos Verlag, Düsseldorf 2020, ISBN 9783843612869, 15,00 Euro.



Termine

Im Zusammenhang mit den Corona-Regelungen ist zurzeit noch nicht absehbar, wann und unter welchen Bedingungen wieder Veranstaltungen möglich sein werden. Da viele unserer Mitglieder zu Risikogruppen zählen, wollen wir uns an den Empfehlungen der Gesundheitsbehörden orientieren. Zu allen nachfolgend aufgeführten Terminen erfolgt rechtzeitig vorher eine aktualisierte Information mit genauen Angaben über die Durchführung etc.

Freitag, 25. September 2020–Sonntag, 31. Januar 2021

Ausstellung:

Renato Mordo: jüdisch, griechisch, deutsch zugleich. Ein Künstlerleben im Zeitalter der Extreme

Der 1894 in Wien geborene Regisseur und Theaterleiter Renato Mordo, der in der Zwischenkriegszeit u. a. in Darmstadt und Worms wirkte, war einer der produktivsten und vielseitigsten Theaterkünstler der Weimarer Republik. Schon länger antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt, wurde er durch den nationalsozialistischen Terror ins Exil getrieben. In Prag und vor allem in Athen konnte er an seine künstlerischen Erfolge anknüpfen. Während der deutschen Besatzung Griechenlands ins KZ Chaidari verschleppt, überlebte er nur aufgrund glücklicher Umstände. Nach weiteren Engagements in Ankara und Tel Aviv kehrte Renato Mordo 1952 als Oberspielleiter der Mainzer Oper nach Deutschland zurück. Sein vorzeitiger Tod riss ihn dort 1955 mitten aus der Probenarbeit.

Die Erschließung des persönlichen Nachlasses von Renato Mordo erlaubt es erstmals, die paradigmatische Bedeutung dieses jüdisch-griechisch-deutschen Künstlerschicksals in einer umfassenden Ausstellung zu dokumentieren. Dabei richtet sich der Fokus ebenso auf Renato Mordos jüdisch-griechisch-österreichische Wurzeln, wie auf die wichtigsten Stationen seines künstlerischen Wirkens und die zeitgeschichtlichen Umstände, unter denen sich dieses entfaltete. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Darstellung der deutschen Besatzung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg, ihrer katastrophalen Auswirkungen auf das Land und ihrer individuellen Folgen für Renato Mordo.

Veranstalter: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Landtag Rheinland-Pfalz.

Schirmherr: Hendrik Hering, Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Ort: Gedenkstätte KZ Osthofen, Ziegelhüttenweg 38, 67574 Osthofen

Hinweis

Die Eröffnung der Ausstellung findet am Donnerstag, 24. September 2020, ab 16.30 Uhr unter strengen Auflagen statt. Eine Teilnahme kann nur mit schriftlicher Anmeldung (bis 17.9.2020) und Bestätigung der Gedenkstätte erfolgen. Details erfragen Sie bitte direkt per E-Mail unter info@ns-dokuzentrum-rlp.de.

Donnerstag, 22. Oktober 2020

Gedenken an Deportation nach Gurs – 80. Jahrestag

In diesem Jahr jährt sich zum 80. Mal der Tag der Deportation der jüdischen Bürger Badens, der Pfalz und des Saarlandes nach Gurs, darunter auch viele Einwohner Mannheims und Ludwighafens.

In Abstimmung mit der Jüdischen Gemeinde Mannheim und der Stadt Mannheim wird eine Gedenkfeier für einen kleinen Teilnehmerkreis vorbereitet. Nach den geltenden Abstandsvorgaben finden im Samuel-Adler-Saal nur ca. 70 Personen Platz. Wir bemühen uns um eine Online-Übertragung.

Ein gemeinsames Gedenken am Kubus ist nicht möglich. Über weitere Einzelheiten werden wir rechtzeitig informieren.



In Ludwigshafen wird es am Abend eine Gedenkveranstaltung im Hof der Maxschule geben, dem damaligen Sammelplatz für den Abtransport. Geplant ist eine Projektion von seltenen Bildern des Abtransports und Berichte über einzelne Schicksale. Auch hier werden wir zu gegebener Zeit über weitere Einzelheiten informieren.

Sonntag, 25. Oktober 2020

Verlegung von Stolpersteinen in Ludwigshafen

An sieben Verlegestellen im Stadtgebiet wird Gunter Demnig insgesamt 20 Stolpersteine verlegen. Die erste Verlegestelle in Oggersheim, Schillerstraße 16, erinnert erstmals an eine Zwangsarbeiterin, Maria Jaresko aus der Ukraine.

Treffpunkt: 11.00 Uhr, Schillerstraße 16, 67071 Ludwigshafen-Oggersheim. Über die weiteren Stationen werden wir rechtzeitig informieren.

Montag, 9. November 2020

Reichspogromnacht

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) planen wir am Montag, 9. November 2020 – wenn es die dann gegebenen Regelungen zulassen – einen gemeinsamen Gedenkgottesdienst (voraussichtlicher Beginn 17.30 Uhr). Die Örtlichkeit befindet sich noch in Klärung.

Da alle Örtlichkeiten nur begrenzte Teilnehmerzahlen zulassen, planen wir für Montag, 9. November 2020, noch eine Abendveranstaltung mit dem Titel ›Der 9. November 1938 in Mannheim‹.

Für Sonntag, 8. November 2020, 11 Uhr ist wieder eine Führung über den Jüdischen Friedhof mit Heidi Feickert vorgesehen.

Näher zum Termin erhalten Sie weitere Informationen zu den geplanten Veranstaltungen.

Jüdische Kulturtage 2020 verschoben

Die vom 18.–25. Oktober 2020 geplanten ›3. Jüdischen Kulturtage Mannheim‹ mussten coronabedingt abgesagt werden. Der Veranstalterkreis hofft, dass sie im nächsten Jahr vom 10.–17. Oktober 2021 stattfinden können.

Chanukkawoche 2020

Sofern es die Rahmenbedingungen zulassen, sind für die Chanukkawoche 2020 für den 15. und 17. Dezember zwei kulturelle Veranstaltungen im Jüdischen Gemeindezentrum geplant. Einzelheiten dazu werden rechtzeitig mitgeteilt.

Impressum

Hrsg. Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Rhein-Neckar e.V. · Von-Kieffer-Straße 1 · 67065 Ludwigshafen
Geschäftsführerin: Marita Hoffmann · Telefon (06 21) 68 50 273 · Telefax (0 32 12) 135 99 87
E-Mail: christlich-juedische@web.de · www.gcjz-rhein-neckar.de